Bekanntmachung

Feststellung des Ergebnisses der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Fa. Smals IKW B.V., Keersluisweg 9, 5433 NM Cuijk (NL), beantragt die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für die Herstellung eines Gewässers III. Ordnung als Folge der Sandgewinnung (Böschungsabbruch) auf dem Grundstück Gemarkung Renkenberge, Flur 3, Flurstücke 35/3, 38/5, 37/6, 37/8, 37/22, 37/23, 37/25, 37/26, 37/27, 27/29 und 37/30.

Für dieses Vorhaben war gemäß § 2 Abs. 1 und 2 NUVPG i.V.m. § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UVPG die Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich. Im Rahmen dieser Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG festgestellt, dass für das Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Während des bestehenden Bodenabbaus ist es im Nordwesten des Abbaugewässers Nord zu einem Böschungsabbruch gekommen. Dabei ist Bodenmaterial bis über die planfestgestellte Abbaugrenze hinaus abgerutscht und Richtung Südosten in das Abbaugewässer verlagert worden. Vorhabenbedingt kommt es folglich zu Abgrabungen bzw. Bodenumlagerungen auf einer Gesamtfläche von rd. 3.750 m².

Es handelt sich um kleinräumige Abgrabungen und Bodenumlagerungen von anthropogen überprägten Böden mit geringer naturschutzfachlicher Wertigkeit. Es kommen dort keine schützenswerten Arten- und Lebensgemeinschaften vor. Es ist nur eine geringe Biodiversität vorhanden. Der Böschungsabbruch und der geplante weitere Sandabbau führen zu einem Verlust des Biotoptyps Sandacker und von potenziellem Lebensraum terrestrisch lebender Arten. Dafür wird andererseits potentieller Lebensraum für aquatische und semiaquatische Arten geschaffen.

Flächen oder Objekte mit besonderer Landschaftsbildqualität und natürlicher Erholungseignung sind allenfalls die nördlich und südlich befindlichen Waldgebiete. Diese werden durch das Vorhaben jedoch in keiner relevanten Weise beeinträchtigt. Auch hinsichtlich der Staub- und Lärmemissionen werden keine Änderungen im Vergleich zur bisherigen Situation erwartet.

Aufgrund der Kleinräumigkeit des Abbruchbereiches sowie der ehemals und im Uferbereich auch weiterhin intensiven landwirtschaftlichen Nutzung kann die Schwere und Komplexität der Vorhabenauswirkungen im Allgemeinen als unerheblich angenommen werden.

Im Ergebnis sind unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Abs. 1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten. Für das Vorhaben besteht demnach keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Feststellung des Ergebnisses wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 UVPG).

49716 Meppen, den 10.03.2025

Landkreis Emsland
Der Landrat